

Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

3. Blatt, Sonntagsbeilage

Verlagspreis Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staadtitz, Threna zc.

Erscheinung wöchentlich dreimal: Die Freitag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mk. 40 Pfg., monatlich 80 Pfg., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. 60 Pfg. Anzeigenpreis: die sechspaltige Zeile 25 Pfg., auswärts 30 Pfg. Ämtlicher Teil 50 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Nr. 73.

Freitag, den 20. Juni 1919.

30. Jahrgang.

Ämtliches.

Frühdruck.

Einmaliger Bedarf an Schmieröl, Treibölen, Bindegarn, Sackgarn, Benzol u. dgl. für den bevorstehenden Frühdruck ist bis zum

25. dieses Monats

bei der Gemeindebehörde anzumelden. Diese hat die Anmeldungen gesammelt und begutachtet unverzüglich der Amtshauptmannschaft einzureichen.

Grimma, 17. Juni 1919.

144 Nr.

Die Amtshauptmannschaft.

Deutschland darf sein Recht auf Seegeltung nicht entrisen werden, wenn es seine Kulturaufgaben in der Welt lösen soll.

v. Trotha,
Konteradmiral, Chef der Admiralität.

Von der Postkammer der Leipziger „Ämtlichen Zeitung“
(Verlag J. S. Weber.)

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Ministerpräsident Clemenceau hat dem Grafen Brockdorff-Rangau sein Bedauern über die Vorfälle bei der Abfahrt der deutschen Delegation ausgesprochen.

Die Friedensdelegation ist in Weimar eingetroffen. Unmittelbar nach ihrer Ankunft begannen die Beratungen.

Die süddeutschen Ministerpräsidenten nehmen sämtlich an den Beratungen in Weimar teil.

Auch in Berlin finden Beratungen der aus Behörden, Handel und Industrie berufenen Sachverständigen über die Friedensfragen statt.

Zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium ist Herr Grefenstätt ernannt worden.

Beim Empfang der türkischen Delegation durch den Obersten Rat trat der Großvezir für die Unversehrtheit des türkischen Reiches ein.

Der französische Senat hat der Einführung des Achtstundentages im Bergbau zugestimmt.

Die Exzente beabsichtigt, mit allen Kräften einen Vorstoß gegen Petersburg zu unternehmen, um die Volksherrschaft zu führen.

In Rumänien ist plötzlich eine Ministerkrise eingetreten.

Verantwortung.

Seien wir offen und ehrlich — es handelt sich um Leben und Sterben des deutschen Volkes, und im Angesicht des Todes ziemt es sich wohl die Wahrheit zu bekennen, so schwer es auch sein mag, gegen sich selbst Zeugnis abzulegen.

In seinem „letzten Wort“ an Deutschland geht Herr Clemenceau noch einmal auf die Schuldfrage ein und beharrt dabei, daß Deutschland allein die Verantwortung für den Krieg zu tragen habe, heute wie ebendort, vor wie nach der Revolution. Denn diese Umwälzung sei nicht über uns herein gekommen, als das Waffenglück endgültig gegen uns entschieden hatte, und sie könne nichts an der Tatsache ändern, daß bis dahin das ganze deutsche Volk für den Krieg eingetreten sei, die Kredite bewilligt, die Kriegsanleihen geschlossen habe, wie es sicherlich auch dem Kaiser und seinen Oberführern treu geblieben wäre, wenn sie als Sieger aus dem Felde hätten heimkehren können. Das Volk hätte jeden Augenblick eine Regierung stürzen können, die es in die Schrecken dieses Krieges geführt habe; statt dessen habe es alle seine Befehle ausgeführt, und nun könne es nicht verlangen, von den Folgen seiner Handlungsweise befreit zu bleiben. Das wäre sonst freilich ein bequemere Frieden, aber diejenigen, die ihn zu gestalten hätten, müßten darauf achten, daß der Gerechtigkeit nicht Gewalt angetan werde — und das eben nennt Herr Clemenceau einen Frieden der Gerechtigkeit, wie er ihn auffaßt, daß jeder Teil das Maß von Verantwortung zu tragen hat, das ihm zukommt.

Läßt sich gegen diesen grundsätzlichen Standpunkt etwas Durchschlagendes einwenden? Ist es nicht wahr, daß das deutsche Volk fast einmütig aufgestanden ist, als der Kaiser im August 1914 zur Verteidigung des Vaterlandes aufrief? Daß es Gut und Blut hingab, als seine Führer immer neue Opfer als notwendig bezeichneten? Daß es, trotz mancher Kritik im einzelnen, die wechselnden Regierungen schaltete und wählte und ihnen höchstens um innerpolitische Ziele willen Schwierigkeiten bereite, während es ihre Kriegspolitik gutheißt, so oft der Reichstag dazu berufen war, sich zu ihr zu äußern? Entspricht es der Wahrheit, wenn wir jetzt behaupten, wir seien belogen und betrogen worden und hätten uns also zum mindesten in entschuldigbarem Irrtum befunden? Traut einer von uns wirklich Herrn v. Bethmann Hollweg eine bewußte Lüge zu, diesem Manne, der sich höchstens durch ein Übermaß von Wahrheitsliebe als Diplomat umdä-

lich gemacht hat und nicht durch teuflische Gewissenlosigkeit, wie sie dazu gehörte, ein ganzes großes, friedliches und friedliebendes Volk mit unreinen Händen in diese furchtbare Schicksalsprüfung hineinzuführen? Oder dem General v. Moltke, dem obersten militärischen Ratgeber des Kaisers bei Kriegsausbruch, dessen Charakter über jede Anzweiflung erhaben ist? Nein, diese Männer können wohl Fehlern der Erkenntnis oder des Willens unterlegen sein, aber ihr moralisches Verhalten anzuzweifeln, bloß um das deutsche Volk von der Verantwortung für den Krieg zu entlasten, das haben wir kein Recht. Und auch die Revolution konnte an diesem Tatbestand nichts ändern, gleichviel ob man sie als eine geschichtliche Notwendigkeit gelten lassen will oder nicht. Sie vollzog ein gründliches Strafgericht hierzulande, ganz gewiß, bei dem mit Schuldigen auch Unschuldige getroffen worden sind. Aber unsere Verantwortung für die Erklärung wie für die Führung des Krieges konnte sie nicht mehr erschüttern, und nur Phantasten konnten so auch nur dem Irrwahn huldigen, daß ein Mann wie Clemenceau uns um ihre willigen billigeren Kaufes davonkommen lassen würde.

Wie aber dieser Propheet des Hasses unsere Verantwortung bestimmt, wie er uns die niedrigsten Motive nicht nur, sondern auch die gemeinsten Handlungen unterzieht, wie er unsere Führer und unsere Soldaten verleumdet und beschimpft — das allerdings ist beispiellos in aller Geschichte der Menschheit. Hier entfällt sich eine Lüge der Gesinnung, und in deren Abwehr das ganze deutsche Volk einmütig zusammenstehen sollte, statt sich fortgesetzt in Selbstanklagen — berechtigten und unberechtigten — zu seufzen. Mit ewiger Schande will uns dieser „Eiger“ überdauern in demselben Augenblick, in dem seine Franzosen die deutschen Friedensbelegierten mit Steinen bombardierten, als sie dem ungemein gaskischen Verfallens endlich den Rücken kehrten. Wenn umgekehrt in Deutschland einem beliebigen Franzosen auch nur ein Haar gekrümmt worden wäre, was für einen Laub der Hunnen hätten wir über uns ergehen lassen müssen! Das deutsche Volk dagegen wird ruhig bleiben, ganz ruhig. Wie aber seine Nationalverlammlung die Lage beurteilen wird, davon wird schließlich unter aller Schindal abhängen. Wäge sie die Verantwortung, die uns zukommt, nicht zurückzuweisen — die deutsche Ehre aber von der unerbittlichen Rachsucht unserer Feinde nicht ungestraft in den Staub treten lassen!

Dr. Sy.

Beratung in Weimar.

— Vor der folgenschwersten Entscheidung. —

Weimar, 18. Juni.

Der Friedensauschuss der Nationalversammlung trat gestern nachmittag zu einer kurzen Sitzung zusammen. Ministerpräsident Scheidemann ergriff gleich zu Anfang das Wort, um sich mit der Mantelnote der Entente zu beschäftigen. In den allgemeinen gegen das deutsche Volk enthaltenen Beschuldigungen sei Neues nicht enthalten; aber er müsse dazu mit Bedauern feststellen, daß die Entente unseren Vorschlag der Schaffung eines neutralen Schiedsgerichts abgelehnt habe, das allein diese Beschuldigungen hätte prägen können. Bedauerlich sei weiter, daß das deutsche Volk mit Vergehen und Verbrechen belastet werden solle. Diese Belastung soll aber die Berechtigung schaffen zu den schweren Bedingungen, die im zweiten Teil der feindlichen Mantelnote dem ganzen deutschen Volk auferlegt werden sollen. Die Begründung, die der vorgeschlagenen Regelung der Verhältnisse im Osten gegeben werde, lasse wenig Hoffnung aufkommen, daß wir in dem ausführlicheren Memorandum auf ein wesentliches Entgegenkommen rechnen können. Das gelte auch für die übrigen territorialen Fragen, bei denen ebenso wie bei den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen in der Mantelnote noch mancherlei Punkte völlig unklar seien. Angesichts dieser Unklarheiten und angesichts der Tatsache, daß das gesamte Material zurzeit noch nicht vorliege, könne heute eine Entscheidung noch nicht getroffen werden. Nur der endgültige und vollständige Text der feindlichen Antwort könnte die Grundlage für eine gemeinsame Beratung zwischen Reichsregierung und Friedensauschuss geben. Das deutsche Volk, die Nationalversammlung und die Reichsregierung seien vor die folgenschwerste Entscheidung gestellt, und deshalb sei es Pflicht, gleichwie die einzelnen zu der Friedensfrage stehen möge, mit vollster Objektivität an diese Entscheidung heranzutreten. Niemand dürfe im Zweifel sein, daß unser Volk den schwersten Seiten entgegengehe. Präsident Fehrenbach schloß sich der Auffassung an, daß eine sachliche Beratung erst möglich wäre, wenn das gesamte Material vorliege, und der Friedensauschuss erklärte sich damit einverstanden, daß die nächste Sitzung am Donnerstag nachmittag abgehalten werden solle. Bis dahin wird die Reichsregierung nach den Mitteilungen des Ministerpräsidenten Scheidemann die Möglichkeit gehabt haben, mit der heute nach hier einreisenden deutschen Friedensdelegation zu beraten.

Die Ansicht der Delegation.

Einkimmig gegen die Unterzeichnung.

Weimar, 18. Juni.

Die Mitglieder der Friedensdelegation sind heute morgen mit mehrstündiger Verspätung hier eingetroffen. Auf der Fahrt wurde die französische Antwort überreicht.

Über die Stimmung der deutschen Delegation kann nach Unterhaltung mit führenden Mitgliedern derselben mitgeteilt werden, daß sie die Angelegenheiten für so geringfügig halten, daß die Verantwortung für eine Unterzeichnung nicht übernommen werden kann.

Ein Votum gegen den Vertrag.

Die Delegation hat auf der Fahrt von Versailles nach Weimar ein ausführliches schriftliches Votum ausgearbeitet, das der Kabinettsitzung unterbreitet worden ist. Dieses Votum kommt zu dem Schluß, daß der Vertrag nicht unterzeichnet werden kann. Wie verstanden, stehen alle Mitglieder der Delegation auf diesem Standpunkt. Auch alle wirtschaftlichen Sachverständigen sind der Überzeugung, daß in der vorliegenden Form Deutschland seine Unterschrift nicht unter den Vertrag setzen kann. Auch sie haben diese ablehnende Haltung in einem ausführlichen Gutachten begründet, das dem Votum der eigentlichen Delegation angefügt ist.

Die Vorgänge bei der Abfahrt.

Clemenceau überbrachte dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation einen Brief, in dem er sein Bedauern über die ordnungswidrigen Zwischenfälle bei der Abreise der deutschen Delegierten ausdrückte und mitteilte, daß der Präsekt des Departements Seine-et-Oise den Auftrag erhalten hat, Herrn von Daniel um Entschuldigung zu bitten, und daß der Präsekt und auch der Polizeikommissar ihres Amtes enthoben würden. Die Entschuldigung ist bereits erfolgt.

Über die Vorgänge bei der Abfahrt des Zuges teilte der Friedensbelegierte Minister Landsberg mit, daß es sich nicht um den spontanen Ausdruck von Volkseidenschaft handelt, sondern um eine mit Duldung der Behörden herbeigeführte Beschimpfung und Mißhandlung unserer Landsleute. Bei der Abreise waren im Gegensatz zu früheren Gelegenheiten keinerlei Sperren vorgenommen worden. Weder ein Polizeistillstand noch ein Soldat waren aufgestellt, obwohl es sich um eine nach Tausenden zählende Menge handelte, die die Straßen vom Hotel bis zum Bahnhof füllte. Auch diese Tatsache spricht für die Vermutung, daß die Vorfälle bei der Abreise stillschweigend geduldet wurden.

Aus dem Memorandum.

Allerlei Einzelheiten.

Das Memorandum, das sich mit den deutschen Gegenwärtigen beschäftigt, besagt, daß die Aburteilung des Kaisers Sache der hohen internationalen Politik sei. Die Allierten wollen, daß dem Angeklagten alles Recht und volle Freiheit bei seiner Verteidigung belassen wird, und es soll dafür gesorgt werden, daß das Verfahren einen feierlichen Rechtscharakter trägt.

Was Eljas-Votbringen betrifft, so können die Allierten auf die von den deutschen Delegierten gemachten Vorschläge nicht eingehen.

Die Delgoland-Artikel müssen ohne Einschränkung angenommen werden.

Der Verlust der deutschen Kolonien vermag Deutschlands normale Entwicklung nicht zu hindern. Die niedergelegten Bedingungen stützen sich auf das internationale Recht und sind zum Besten aller Nationen erdacht.

Bei den militärischen Bedingungen mag Deutschland immerhin zugestanden werden, seine Armee allmählich zu verkleinern, und zwar innerhalb von drei Monaten auf eine Höchststärke von 200000 Mann. Nach den drei Monaten sollen Sachverständige den Bedarf Deutschlands an Truppen feststellen und seine Stärke so festsetzen, daß seine Armee nicht mehr als 100000 Mann zählt. Unter allen Umständen muß dieses Ziel Ende März 1920 erreicht sein.

Die Bestimmungen über die Flüsse müssen bedingungslos angenommen werden. Darüber gibt es keine Verhandlungen.

Die Allierten begrüßen die Anregung, daß Deutschland eine Kommission schaffen will, die mit der Wiederaufbaukommission zusammenarbeiten soll. Deutschland kann innerhalb von zwei Monaten entweder eine Summe auf einmal zur Begleichung seiner Schuld anbieten oder für einen Teil Sicherheit leisten, und es kann den Ersatz der Schäden, auf welche Art es immer sei, leisten, die Allierten werden in dieser Begleichung über jeden ihnen gemachten Vorschlag verhandeln. Sie können nicht von vornherein erklären, daß sie alles annehmen.

Darüber hinaus vermögen die Allierten nicht zu gehen. Die Allierten sind bereit, dem deutschen Handel Erleichterungen zu gewähren, ohne die eine Erholung der deutschen Industrie nicht möglich ist.

Verein
Gasthof zum
Anliegenangehörigen
Ladungsarten
D. V.
f. u. Umg.
abends 8 Uhr
erker zu Naunhof
lung
D. V.
nkarten
pfehl
Günz & Cule.

Enfall unser
emana.
g. 6 Uhr

seres
rt
hster
surren
seren
geleit
erren
beren
malts-
erzen
euen
reich

en

zu
nen-
volle
hat.
rem
nen-
rost-
lern